

Zur Zwangswirtschaft in der Marmeladen- und Konservenindustrie.

Der Reichsernährungsminister hatte kürzlich mitgeteilt, daß die Marmeladen- und Konservenindustrie sich für die weitere Beibehaltung der Zwangswirtschaft ausgesprochen habe, teils weil sie von deren Aufhebung nachteilige Rückwirkungen auf die Deckung ihres Bedarfs an Gemüse, Zucker und Blechen befürchte, teils auch deshalb, weil von der Aufhebung die Entstehung neuen Wettbewerbs zu erwarten sei. Auf die Wiedergabe dieser Darlegungen und die daran gefnüpften Bemerkungen in Nr. 311 unsrer Zeitung gehen uns verschiedene Zuschriften aus den Kreisen der genannten Industrie zu, von denen eine darauf verweist, daß die Überfüllung namentlich in der Marmeladenindustrie so groß sei, daß niemand heute eine Marmeladenfabrik anfangen könnte, ohne wirtschaftlichen Selbstmord zu begehen. Eine zweite Zuschrift betont gleichfalls die starke Zunahme der Betriebe in der Gemüse- und Obstkonservenindustrie, deren Leistungsfähigkeit weit über den künftigen Friedensbedarf gewachsen sei. Der Grund, weshalb die Konserven- und Marmeladenindustrie ein Fortbestehen der Zwangswirtschaft wünsche, sei nur der Wunsch, den vor Augen stehenden Untergang aller Fabriken abzuwenden. Sowohl diese Zuschrift wie eine weitere beschäftigt sich dann eingehend mit der Tätigkeit der Reichsstelle für Gemüse und Obst, und dabei kommen recht erbauliche Einzelheiten über die amtliche Wirksamkeit auf diesem Gebiet zur Sprache. So seien die Fabrikanten im April v. J. mit der Aufforderung an die genannte Reichsstelle herangetreten, die Zuteilung an Rohobst so zu begrenzen, daß jeder Fabrikant das Friedenswagnis aus eignen Kräften würde tragen können. Sollte aber die Reichsstelle ihre Absicht auf Versorgung der Bevölkerung mit zehn Millionen Zentnern Marmelade durchzuführen, so müßte die Reichsstelle die Gewähr für die notwendigen Zuckerlieferungen und für den Absatz der Erzeugnisse übernehmen, weil jeder Fabrikant wüßte, daß mit Eintreten der Friedenswirtschaft der Bedarf schnell zurückgehen müsse. Die Reichsstelle hat auf eine diesbezügliche Eingabe am 19. April 1918 folgendes geantwortet:

Auch hinsichtlich der Gestaltung der Verhältnisse der Konservenindustrie in der Zeit der Übergangswirtschaft, worüber zurzeit schon Verhandlungen gepflogen werden, werde ich, so weit es im Rahmen der Gesamtwirtschaft angängig erscheint, die Interessen der Konservenindustrie nachdrücklich vertreten.

Auf diese vage Zusicherung sind dann die Fabriken — besonders die Marmeladenfabriken — gezogen worden, sich unterschriftlich bei Vermeidung der Betriebssperre zu verpflichten, die sämtlichen Zuweisungen der Reichsstelle oder ihrer Tochtergesellschaften an Rohobst und Streckungsmitteln widerspruchlos hereinzunehmen und selbstverständlich zu bezahlen. Auf diese Weise sind die Fabriken mit Kürbissen, Möhren, roten Beeten, Tomaten, Wildfrüchten und Auslandsobst besonders aus Rumänien, Polen und Oberost so stark durch die Reichsstelle versorgt worden, daß sie jetzt Rohstoffe für 10 000 000 Zentner Ware im Hause haben. Die Bezahlung dieser ungeheuren Menge mußten die Fabriken übernehmen. In der Hauptsache sind die Rohstoffe in die Form des Halberzeugnisses für Marmeladenzwecke (rohkonserviertes Obst und Pulp) übergeführt worden, so daß es auch nur für diese Zwecke verwendbar ist.

Nachdem nun die Fabriken nicht nur ihr eignes Vermögen, sondern darüber hinaus einen gewaltigen Bankkredit festgelegt haben, um diese Riesenmenge Ware für die Zwecke und nach den Vorschriften der Reichsstelle für Gemüse und Obst bereitzuhalten, muß die Reichsstelle ihre Unfähigkeit zugeben, auch nur für einen Teil den notwendigen Zucker zur Marmeladenherstellung zu beschaffen. Infolgedessen liegt für den Geschäftszweig der vollständige Untergang klar zutage, wenn jetzt die Zwangswirtschaft aufhört und die Einfuhr ausländischer, besonders englischer Marmelade einsetzt. Angebote in englischer Marmelade sind in Köln bereits am Markt.

Aus eignem Willen hätte ein Fabrikant niemals die riesigen Mengen an Obst hereingenommen, noch vor allen Dingen diese Streckungsmittel wie Möhren, Kürbisse, Tomaten, Wildfrüchte gekauft, da das Wagnis der Übergangs- und Friedenswirtschaft leicht zu berechnen war. Aber die Reichsstelle hat die Fabrikanten durch Unterschrift gezwungen. Sie zwingt sie ferner mit drastischen Mitteln zur Zahlung, soweit nicht bereits Vorauszahlungen die Lieferungen gedeckt haben, und sie wird nun ohne weiteres die ganze Industrie dem Zusammenbruch ausliefern, wenn sie nicht ihrerseits für ihre Maßnahmen wenigstens durch Fortbestehen der Zwangswirtschaft bis zum Verbrauch der vorhandenen Halbfabrikate Sorge trägt.

Danach erscheint die ganze Angelegenheit in einem wesentlich andern Licht, als sie nach den kurzen Äußerungen des Reichsernährungsministers erscheinen mußte. Die Konserven- und Marmeladenindustrie sucht sich dann allerdings durch Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft über Wasser zu halten, und hat hierbei ihr eignes Interesse im Auge, aber sie ist eben durch die Zwangswirtschaft in die Lage hineingebracht worden, in der sie sich jetzt befindet. Und offenbar sind dadurch Zustände herbeigeführt worden, die eine ganze Industrie sehr gefährden. Ob indes die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft wirklich das Mittel ist, um aus dieser Lage herauszukommen, ist um so mehr die Frage, als, wenn die vorstehenden Angaben richtig sind, die für diese Wirtschaft verantwortliche Stelle ihre Unfähigkeit wohl zur Genüge erwiesen hat.